

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 84 8 pbbn d

Inhalt

Hans Apel MdB erinnert sich an frühe und spätere Begegnungen mit Herbert Wehner: Dank an den scheidenden Fraktionsvorsitzenden.

Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), zum Internationalen Frauentag am 13. März.

Seite 4

Dokumentation

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, nennt anlässlich der Woche der Brüderlichkeit "Widerstehen zur rechten Zeit" ein kritisches Prinzip der Demokratie.

Seite 5

38. Jahrgang / 46

8. März 1983

Unerbittlich in der Sache, mitfühlend als Mensch

Erinnerungen zum Abschied von Onkel Herbert aus der SPD-Bundestagsfraktion

Von Dr. Hans Apel MdB

Im Herbst 1965 wurde ich zum ersten Mal als junger Abgeordneter nach Bonn geschickt. Da saß ich nun im Fraktionssaal mit unseren Bossen zusammen, die ich bisher nur von Ferne gesehen hatte. Natürlich wagte ich nicht, den Mund aufzumachen. Und das will bei mir was heißen.

Wenige Wochen später sollte eine Europadebatte vorbereitet werden. Die SPD als Oppositionspartei hatte sich mit der schwersten Krise der EG auseinanderzusetzen, in der sich die Gemeinschaft jemals befunden hatte. Seit vielen Monaten praktizierte de Gaulle die Politik des "leeren Stuhls", war Frakreich quasi ausgeschieden. Die Außenpolitiker der Fraktion führten das große Wort. Da griff Herbert Wehner als amtierender Fraktionsvorsitzender ein: "Hans Apel muß reden, der versteht da was von. Er muß parlamentarisch entjungfert werden." Ich erstarrte vor Angst und Schrecken. Doch nun mußte ich ran. Ich habe meine Rede auswendig gelernt, also zwanzig Minuten frei ohne jeden Zettel gesprochen. Herbert hat mir ohne viel Worte die Hand gedrückt.

Doch viel entscheidender hat er Ende 1980 in mein politisches Dasein in Bonn eingegriffen. Die unerwartete Beschleunigung der Produktion des Kampfflugzeuges Tornado hatte Riesenlöcher in den Verteidigungsetat gerissen. In Bonn liefen alle Wetten in die gleiche Richtung: Apel muß gehen. Als ich in der entsprechenden Kabinettsitzung mein Anliegen vortrug, traf ich auf eisiges Schweigen. Nun war für mich alles klar. Doch dann ergriff Herbert Wehner als anwesender Gast das Wort. Ob man denn nicht einsehen wolle, daß die Rechnungen für den Tornado auf jeden Fall bezahlt werden müßten? Ob man die Arbeit des neuen Kabinetts gleich mit einem großen Knall beginnen wolle? - Es hat mehr als ein Jahr gedauert, bis wir die Ursachen und Folgen dieser Fehlplanung auf der Hardthöhe überwunden und aufgearbeitet hatten. Kurz vor dem Regierungswechsel gingen wir an die fällige Reorganisation des Verteidigungsministeriums auf-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

Printed in Germany
with 50% recycled paper
Recycling-Paper



grund der gewonnenen Erkenntnisse. Mein Nachfolger hat das wie manches andere mit einem Federstrich vom Tisch gewischt.

Viele können berichten, wie ihnen Herbert Wehner beigestanden hat. Hinter seiner rauhen Schale verbirgt sich ein Mensch voller Verständnis und Nächstenliebe. Stets hat er für uns, für mich Zeit, wenn es um Rat und Hilfe geht. Und so beruht das unerschütterliche Ansehen Herbert Wehners eben nicht nur auf seinem unbeugsamen Lebensweg und seinem politischen Verstand. Alle sagen "Onkel Herbert" mit einer Mischung von Respekt, Zurückhaltung und Liebe. Gerade diese Anrede verwundert auf den ersten Blick. Aus diesem politischen "Urgestein", diesem Fels unserer SPD, dem so oft scharf formulierenden Politiker wird für uns "Onkel Herbert". Gibt es ein größeres Kompliment für diesen Mann und sein Wesen? Für mich nicht!

Seine politische Arbeit hat ein gutes Stück deutscher Geschichte mitbestimmt. Wir Sozialdemokraten wissen, daß uns Herbert Wehner auch künftig mit seiner Wegweisung und Hilfe zur Seite steht. Da ist eine wegweisende Rede vom 30. Juni 1960 nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz mitten im "kalten Krieg". Ich habe sie erneut gelesen. Ihre richtungswisende Klarheit bleibt beeindruckend. Und der Satz "Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie. Aber ein Feindverhältnis tötet schließlich die Demokratie" leuchtet mitten hinein in den hinter uns liegenden Verleumdungsfeldzug der CDU/CSU für die Wahlen am 6. März und sollte uns Sozialdemokraten mahnen. Herbert Wehner weist uns in dieser Rede in unseren außen- und sicherheitspolitischen Kurs ein: Wir sind Teil des Westens, keine Wanderer zwischen den Welten. Der kalte Krieg muß überwunden werden. Wir müssen uns ständig um neue Ansätze zur Überwindung der Teilung Europas und unseres Landes bemühen. Viele Jahre später wird daraus Politik zur schrittweisen Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung, die selbst die NATO zu ihrer Forderung erhebt. Herbert Wehner ist ein leidenschaftlicher Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, für die Solidarität mit den Schwächeren. 30 Jahre nach dem Inkrafttreten unseres Grundgesetzes im Mai 1979 erklärte er: "Die Erfahrungen aus der Weimarer Zeit haben uns gelehrt, daß wir Rechtsstaat und soziale Sicherung miteinander verbinden müssen; soziale Grundlegung ist für die Demokratie unerlässlich." Er läßt nicht ab, schrittweise eine zentrale Existenzgrundlage unserer Demokratie zu sichern: die gestaltende, mitbestimmende Funktion unserer Gewerkschaften, ihre volle Mitbestimmung.

Unseren 9. Bundestag eröffnete er am 4. November 1980 als Alterspräsident mit einer Rede, in der er mit leichter Hand, aber um so eindrucksvoller mehr als drei Jahrzehnte deutschen Parlamentarismus Revue passieren läßt. Das Haus folgt ihm mit viel Beifall und nachdenklicher Heiterkeit. Und Herbert Wehner schließt unter dem anhaltenden Beifall der Abgeordneten, "daß es bei allen politischen Gegensätzen vieles gibt, das uns allen gemeinsam ist und das wir hüten und pflegen sollen".

Im Jahre 1972 habe ich ein Buch veröffentlicht: "Bonn, den... Tagebuch eines Abgeordneten". Damals habe ich zwei Jahre lang als stellvertretender Fraktionsvorsitzender aufgeschrieben, wie unser Leben privat und politisch abläuft. Da hat es auch manchen Krach mit Herbert Wehner gegeben. Manche in Bonn tragen Angriffe von Herbert



Wehner stolz wie Burschenschaftler ihre Schnisse im Gesicht nach Messuren. Ich bin da unpathetischer. Wenn er Recht hatte, habe ich den Anschauzer weggesteckt. Wenn nicht, habe ich ihm widersprochen. Denn das kann Herbert Wehner im Gegensatz zu anderen sehr wohl vertragen.

In diesem Tagebuch steht mein Satz zu Herbert Wehner nach einer Schilderung unserer Zusammenarbeit: "Ich liebe diesen Mann!" Ich weiß nicht, ob ich heute noch so unbedarft formulieren könnte. Doch meine Überzeugung hat sich seither nicht verändert. Das Lebensschicksal und seine mannhafte Bewältigung formen den Menschen mit. Wir Jüngeren haben es viel leichter gehabt. Wir haben es aber auch schwerer, durch Bewährung zu reifen. Für uns ist und bleibt Herbert Wehner ein großes Vorbild. Zügeln wir unsere Eitelkeit und stellen wir unsere ganze Kraft in den Dienst der Sache. Erkennen wir, daß die Handlungs- und Aktionseinheit unserer Partei nicht nur für Wahlerfolge wichtig ist, sondern Voraussetzung ist für mehr soziale Gerechtigkeit und Friedenssicherung für alle Deutsche. Stehen wir füreinander ein und lassen billigen Opportunismus hinter uns. Denn das ist das Vorbild, das Herbert Wehner uns gibt.

In einer Plenarrede Anfang 1973 hat sich Herbert Wehner massiv mit den gefährlichen, nach rückwärts gewandten Vorstellungen der CDU/CSU zur Friedenspolitik auseinandergesetzt. Und da ging es denn auch "zur Sache". Ich habe im Plenum vor ihm gesessen und sichtbar mit den Mundwinkeln gezuckt. Und schon hatte ich mein "Fett" weg. Herbert Wehner: "Sie, Herr Apel mit ihrem schönen Mund..." Und dann wurde mir klargemacht, um was es in der Ostpolitik ginge. Doch ehe ich nach dieser Debatte in mein Büro zurückkam, trafen dort einige sehr nette handschriftliche Zeilen von "Onkel Herbert" ein. So ist er, unerbittlich in der Sache, mitfühlend als Mensch.

(-/8.3.1983/hi/hgs)

+ + +



Die Frauen wehren sich

Zum Internationalen Frauentag 1983

Von Inge Wettig-Danielmeier

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

1910 wurde der Internationale Frauentag als Kampftag für die Durchsetzung des Wahlrechts für Frauen von der Sozialistischen Internationalen beschlossen.

Die Sozialdemokratinnen in Deutschland organisierten ihn zum ersten Mal am 13. März 1911 und sie begnügten sich bereits damals nicht mit der Forderung nach dem Frauenwahlrecht, sondern verlangten die völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau. Wenn in diesem Jahr die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen den Internationalen Frauentag unter das Motto "Menschenrechte = Frauenrechte" stellt, so wird deutlich, daß die Gleichstellung der Frau auch in unserer Gesellschaft noch lange nicht erreicht ist. Die Wahl am 6. März war ein Rückschlag für die Gleichstellung der Frauen, wie wir ihn in der Bundesrepublik lange nicht haben hinnehmen müssen. Keine Partei hat, wie die CDU/CSU, die Gleichstellung der Frau selbst im Wahlkampf infrage gestellt. Die Ankündigung neuer Überlegungen zum Paragraph 216, zur Wiedereinführung des Schuldprinzips im Ehe- und Familienrecht, waren nur die Spitze eines Eisberges. Die Lebenslüge der "Wahlfreiheit" konnte keiner intelligenten Frau verbergen, daß die CDU/CSU die Lösung der Arbeitsmarktprobleme immer noch am ehesten in der Rückkehr zur "neuen Mütterlichkeit" am häuslichen Herd sieht. Gleichzeitig werden mit der realen Kürzung der Sozialleistungen insbesondere Frauen getroffen.

Frauen droht - wie in den USA Reagans - die Verarmung. Aber wir werden uns wehren gegen unsere Entrechtung durch konservative Marktideologen!

Wenn der Internationale Frauentag nicht ausreicht, werden wir Frauen weitere Kampftage suchen müssen. Das Grundgesetz gibt uns das Recht und überträgt Parlament und Regierung die Pflicht, die Gleichstellung der Frau im 35. Jahr dieser Republik voranzutreiben und endlich zu verwirklichen!
(-/8.3.1983/ks/hgs)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat anlässlich der Woche der Brüderlichkeit am Sonntag folgende Ansprache gehalten:

Rechtzeitiges Widerstehen ist kritisches Prinzip der Demokratie

Zur Woche der Brüderlichkeit 1983 hätte kein treffenderes Thema gewählt werden können als "Widerstehen zur rechten Zeit". Ein halbes Jahrhundert nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten - wenn diese Erinnerung wirklich Sinn haben soll - ist es unsere erste Pflicht, darüber nachzudenken, was denn das ist, zur rechten Zeit zu widerstehen, was es bedeutet und wozu es auffordert. Von dieser Frage sind wir alle betroffen, und niemand sollte sich ihr entziehen.

Die Arbeit der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit ist kontinuierlich, und die Tatsache, daß sie sich in diesem Jahre einreihen in die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus anlässlich des 30. Januar ist konsequent. Ich möchte anmerken, daß es gut gewesen wäre, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, ob direkt oder indirekt, wäre überall so geführt worden wie hier. Es hat den Anschein in diesem Jahr, als ob zu gehäuft und darum fast unüberschaubar Versäumtes nachgeholt werden soll. Nichts liegt mir ferner als dies herabzusetzen. Chronologie und Gedenktage haben ihre eigene Mächtigkeit, und allemal ist richtig: lieber heute als nie. Aber natürlich wäre es besser gewesen, die eindringende, die klärende Analyse hätte in den ersten Nachkriegsjahren fundamental, allgemein stattgefunden und wäre nicht verschoben worden. Wir können heute in unserer Wohlstandsgesellschaft, die sie noch immer ist trotz Arbeitslosigkeit und Rezession, dies nicht durch Beschluß einfach nachholen, das Versäumnis ist selber Gegenstand der Auseinandersetzungen geworden. Aber wir können noch immer das Beste daraus machen, und darum geht es jetzt. Es gibt nicht nur ein Widerstehen zur rechten Zeit, es gibt auch ein Sicherinnern zur rechten Zeit.

Und noch eine andere Vergewisserung ist nötig, wenn wir heute über das Gewesene sprechen. Jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland bis zu 50 Jahren ist 1933 und später geboren und war also bei Kriegsende höchstens zwölf Jahre alt. Das heißt: Für die Mehrzahl der Bürger sind die zwölf Jahre des Nazi-Regimes bestenfalls Kindheitserinnerungen, und die nur ein wenig älteren werden in weniger als einem Jahrzehnt bereits das Renten- und Pensionsalter erreicht haben. Ich sage das so ausführlich, weil wir uns bei der Auseinandersetzung mit jener Zeit klar sein müssen über diejenigen, an die wir uns als die wesentlich Älteren wenden und dazu auffordern, nicht zu vergessen, was damals war.

Sie, die nicht verantwortlich für das Gewesene sind, leben in einem Lande, für dessen jüngere Geschichte ihre Eltern und Großeltern einstehen müssen. Viele wollen von jener Zeit nichts mehr wissen, eben weil sie nicht verantwortlich sind. Ihnen müssen wir sagen: So wenig sie ihre Eltern und Großeltern verleugnen können, so wenig können sie die Geschichte dieses Landes abschütteln. Sie müssen sich dieser Geschichte stellen, weil sie sonst sich ihre eigene Zukunft verbauen. Eine unbegriffene Vergangenheit wird zur Gegenwart, die in die Zukunft hineinreicht und schadet. Historischer Darlegungen bedarf es eigentlich nicht. Die Konsequenzen ausgebliebenen oder falschen politischen Handelns liegen vor uns. Das geteilte Berlin, das geteilte Deutschland, die jetzige weltpolitische Lage, die Angst vor einem Krieg mit einer unvorstellbar furchtbaren Technik, allein dies reicht dazu aus einzusehen, wie nötig es ist, zu widerstehen zur rechten Zeit.

Widerstehen zur rechten Zeit - das ist mehrfacher Sinn. Es bedeutet einmal, rechtzeitig zu handeln, um Schlimmes zu verhüten. Es bedeutet auch, dann zu handeln, wenn Schlimmes eingetreten ist. Gewiß gehört beides zusammen. Die sogenannte Machtergreifung durch die Nationalsozialisten hätte nicht sein müssen. Es war nicht unabwendbar, daß ein Land mit einer langen Geschichte und einer großen Kultur in die Barbarei versank und mit der Verwüstung eines ganzen Kontinents auch sich selbst zerstörte - sowohl moralisch wie physisch. Die Gründe, die zu 1933 geführt haben, waren bisher und werden weiterhin Gegenstand historischer Forschung sein. Dies ist über das geschichtliche Interesse hinaus nötig aus der Selbstachtung. Der unbegreifbare Verfall einer Zivilisation ist ein Vorgang, den wir weder vergessen, noch - was am Ende dasselbe ist - verdrängen dürfen.



Heute und hier kann es nur darum gehen - aber darum geht es mir leidenschaftlich - dazu aufzurufen, die Vorgänge vor 1933 zu begreifen, der Gegenwart und der Zukunft wegen. Und wir müssen uns erinnern an das Widerstehen in den zwölf Jahren, weil die, die damals sich in Gruppen oder allein dem nationalsozialistischen Wahn entgegenstellten, mit ihrem Mut und ihrem Opfer die Kontinuität der Zivilisation aufrechterhielten.

Widerstehen zur rechten Zeit, das hätte vor 1933 bedeutet, die heraufkommende Gefahr zu erkennen und ihr zu begegnen. Es gab viele einzelne und Gruppen, die warnten, gewiß nicht unterschiedslos. Sie wie zahlreiche Schriftsteller beschrieben die soziale Situation der Gesellschaft, versuchten Anhaltspunkte zum Besseren zu geben und warnten, politisch engagiert, vor den rückwärts Gerichteten, die die Weimarer Demokratie nicht akzeptieren, die sich gegen die erste deutsche Republik wandten und an einer Bewegung wie der Hitlerpartei erst Gefallen fanden und dann sich ihr anschlossen.

Diese alle haben rechtzeitig widerstanden. Wir wissen, was ihnen widerfuhr. Nicht nur die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften, alle Parteien wurden verboten. Viele ihrer Mitglieder wurden verfolgt, verhaftet, gequält und gefoltert. Viele gingen ins Exil, darunter Schriftsteller und Künstler. Die Bücherverbrennung war das traurige Zeichen des Ungeistes, die große Kunst wurde zur entarteten Kunst erklärt. Die europäische Weltstadt, die Berlin nach dem Krieg geworden war, die die Tendenzen der Zeit und ihre Spannungen auf sich zog und an die Welt verwandelt zurückgab, wurde zur Hauptstadt eines Terrorsystems ohnegleichen.

Zu diesem Niedergang Deutschlands hat vielfaches Versagen beigetragen. Zu diesem Versagen hat in erster Linie beigetragen, daß entschlossenes Handeln derer, die wußten, was kommen würde, ausblieb. Ein Aufruf der Gewerkschaften und Sozialdemokraten zum Generalstreik, strikt durchgeführt, hätte den braunen Totalitarismus wahrscheinlich verhindert. Viele Arbeiter haben darauf gewartet, Widerstand zu leisten. Der Generalstreik beim Kapp-Putsch 13 Jahre früher war das ermutigende Vorzeichen innerhalb der Geschichte der Weimarer Republik. Vielleicht hätten dann größere Teile des Bürgertums begriffen, worum es ging.

Widerstehen zur rechten Zeit wäre schließlich möglich gewesen durch das allgemeinste und für eine Demokratie fundamentalste Mittel zu ihrem Funktionieren: die Wahlen. Bei den Wahlen zum Reichstag 1928, vor 55 Jahren also, bekam die NSDAP 2,6 Prozent der Stimmen und war eine Splitterpartei. Binnen vier Jahre stieg die NSDAP von einer unbedeutenden Partei zur Partei mit der stärksten Fraktion im Parlament auf. Bei den Wahlen am 5. März 1933, bekam sie 43,7 Prozent. Das war schon nach der Machtübernahme und nach dem Reichstagsbrand, es war kurz vor dem Ermächtigungsgesetz und dem Boykott jüdischer Geschäfte.

Ohne Frage war: die Weltwirtschaftskrise ausgangs der 20er und anfangs der 30er Jahre mit ihren vielen Millionen Arbeitslosen zum Teil ausschlaggebend, aber nur zum Teil, daß sich die Menschen der Partei zuwandten, die Brot und Arbeit versprach und die die politische und wirtschaftliche Misere mit dem Versagen der Demokratie begründete. Die Hetze von rechts mit Themen wie der Kriegsschuldfrage, dem Versailler Schandvertrag tat ein weiteres. Entscheidend war aber, daß die Demokratie, diese erste in Deutschland, von einer großen Zahl nicht wirklich akzeptiert war. Mit Recht ist gesagt worden, die Weimarer Republik ist nicht an ihren Gegnern gescheitert und weil es zu viele Nazis gegeben hätte, sondern weil es zuwenig wirklich überzeugte Demokraten gab. Und sie ist auch daran gescheitert, daß die demokratischen Parteien nicht entschlossen genug ihre Gegner bekämpften und sich zu sehr untereinander und miteinander beschäftigten. Die Unmenschlichkeit installierte sich. Von nun an gab es ein anderes Widerstreben zur rechten Zeit: nicht mehr im Sinne des früh genug, sondern unter den Bedingungen des Totalitarismus und des Unrechts bei Gefahr des Lebens. Widerstehen bedeutete nun Widerstand.

Natürlich war inzwischen die Angst gewachsen, man wußte, was geschehen würde, wenn man opponierte. Gewachsen war aber auch die Begeisterung angesichts der nationalsozialistischen Erfolge. Aber hätte nicht, so frage ich in aller Zurückhaltung, angesichts des verbrecherischen Handelns der Nationalsozialisten gegen jüdische Menschen, die Bürger waren wie alle anderen, hätte da ein Protest, der Verzicht auf den Besuch von Theatern oder Kinos etwa nicht auch dieser Diktatur zeigen können, daß dieses Volk nicht alles hinnimmt?



Widerstehen zur rechten Zeit - das blieb damals Einzelnen und einzelnen Gruppen überlassen. Sozialdemokraten und Kommunisten und Konservative, Protestanten und Katholiken, Frauen und Männer und Jugendliche, Soldaten und Zivilisten haben oft in bewunderungswürdiger Weise Widerstand geleistet. Ich will für das Thema dieser Woche der Brüderlichkeit nur einige Beispiele aus jener Zeit herausgreifen, von denen ich meine, daß sie uns alle zum Nachdenken veranlassen können.

Am 20. Juli 1944 versuchten deutsche Offiziere und mit ihnen Widerstandskämpfer sehr verschiedener politischer Überzeugungen durch das Attentat auf Hitler der Barbarei und dem Kriege ein Ende zu machen. Meine Frage ist: Was wäre Deutschland und Europa erspart geblieben, wenn früher gehandelt worden wäre? Was hat die Generale und Offiziere bewogen, die Wehrmacht weiterhin dem Dienst für ein verbrecherisches Regime zu überantworten? War das vertretbar oder war es nicht vielmehr geboten, den Sturz der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft herbeizuführen und somit zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse sowie zur Rehabilitierung des deutschen Ansehens beizutragen?

Hätten die Menschen den Boykottaufruf gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 nicht befolgt, wären die Nazis in ihre Schranken gewiesen worden. Hätte jeder einzelne etwas mehr Zivilcourage gehabt und sich zum Beispiel neben seinen jüdischen Mitbürger auf eine Bank gesetzt, auf der stand "Nur für Juden", so wäre den Nazis gezeigt worden, daß es noch so etwas wie Widerstehen und Solidarität unter den Menschen gibt. Doch es geschah nichts oder zu wenig. Hätte es am 9. November 1938, hätte es damals, als die Gotteshäuser brannten, als Menschen gejagt und ermordet wurden, einen Widerstand gegeben, der Welt wäre viel Unheil erspart geblieben. Aber nichts dergleichen geschah. Sicher, Widerstände und Formen des Widerstehens gab es seit 1933. Namen wie Martin Niemöller, Dietrich Bonhoeffer, Domprobst Lichtenberg, Probst Grüber, Herbert Baum, Wilhelm Leuschner, Carl Goerdeler, Bischof Wurm oder Meiser sowie viele andere stehen für die unerschrockene und bewundernswerte Opferbereitschaft, sich gegen einen Staat aufzulehnen, der schon die Bekundung des Freiheitswillens mit dem Tode bestrafte. Diese Männer und Frauen des Widerstandes haben unsere Hochachtung und unseren Respekt, weil sie durch ihren Entschluß, die sittliche und politische Einsicht des Gewissens über alles zu stellen und dafür auch Verfolgung, Folter und Tod auf sich zu nehmen.

Aber es steht auch fest: Der Widerstand der Kirchen im Nazideutschland ist sicher kein Heldenepos. Es ist beschämend zu wissen, daß sich erst 1943 eine Synode offen gegen die millionenfache Ermordung von jüdischen Menschen ausgesprochen hat. Die Bekennende und die Katholische Kirche richteten Hilfsstellen für gefährdete jüdische Menschen ein. Heinrich Grüber half jüdischen Menschen, wo er nur konnte, bis zu seiner Verschleppung nach Dachau. Diese Hilfsstellen retteten nicht nur tausende von jüdischen Menschenleben, sie retteten damit auch die Idee der Menschlichkeit in einem unmenschlichen System. Vor dem Berliner Sammellager in der Rosenstraße demonstrierten nichtjüdische Frauen für die Freilassung ihrer jüdischen Männer. Sie brachten den Mut auf, sich für ihre Partner öffentlich einzusetzen. Es war die einzige Demonstration gegen die Deportation von jüdischen Menschen, und sie führte sogar zur vorübergehenden Freilassung der jüdischen Ehepartner.

Wenn wir heute über das Widerstehen zur rechten Zeit sprechen, so gedenken wir insbesondere derer, die jüdische Mitbürger vor dem Tode bewahrt haben, indem sie ihnen Unterschlupf gewährten. Über Jahre haben sie täglich mit ihrem Leben für das Leben anderer eingestanden. Sie heißen hier in Berlin die unbesungenen Helden. Dies ist kein Widerstand im engeren Sinne des Wortes, aber es ist Widerstand im klassischen Sinne, wenn das bedeutet, Menschenleben zu retten. Widerstand zur rechten Zeit - was heißt das unter den Bedingungen einer Demokratie? Wem widerstehen, gegen was sich wenden? Heute in einer Demokratie gibt es andere Formen des Widerstandes als die Gewaltanwendung. Keine politische Auseinandersetzung legitimiert die Anwendung von Gewalt, auch nicht die gegen Sachen. Doch in einem System, das ein ganzes Volk skrupellos unterdrückt und mit einer erbarmungslosen Verhaftungs- und Hinrichtungswelle überzieht, ist ein Punkt erreicht, der zum gewaltsamen Widerstand zwingt. Von diesem Standpunkt aus führten die Männer und Frauen im Warschauer Ghetto ihren aussichtslosen Kampf. Für sie war Gegengewalt der einzige Weg aus ihrer rechtlosen, menschenunwürdigen Situation. Mit ihrem Widerstand wollten sie ein Zeichen setzen. Sie sahen in ihm ein Symbol des Aufbegehrens gegen die Unmenschlichkeit und Barbarei des Nationalsozialismus.



Lassen Sie mich einige Beispiele nennen, bei denen in unseren Tagen ein Widerstehen zur rechten Zeit notwendig wäre: Der Bericht des Verfassungsschutzes des Jahres 1982 stellt unter anderem fest, daß der Terrorismus in der Bundesrepublik eine neue Dimension erreicht. Zum ersten Mal hat man es mit "hauptberuflichen" Terroristen aus rechtsextremistischen Kreisen zu tun. Die Tatsache, daß rechtsradikale Zeitungen und Zeitschriften ungehindert erscheinen können, daß Leugnen von Völkermord kein Officialdelikt ist, daß heute Überlegungen angestellt werden, ob überhaupt sechs Millionen oder nur fünfeinhalb Millionen Menschen ermordet wurden, ist mehr als beschämend. Hier weht ein bedrohlicher Geist, der Geist des Bösen, den viele für tot erklärten. Vielerorts brechen Welten auf, die wir versunken glaubten. Rechtfertigungen werden angemeldet, Korrekturen verlangt, Identifizierung gesucht, die man noch vor Jahren entschieden von sich wies. Das sollte aber nicht nur den jüdischen Mitbürgern zu denken geben. Das Entsetzen, der Aufschrei und der entschiedene Widerstand blieben bis zur Stunde aus. Das kann man aber nicht anordnen, von Amts wegen, mit einem Schulerlaß erledigen. Wo dieser Geist weht, wächst neues Unheil. Vorurteile, Feindschaft und Haß gegenüber Andersdenkenden gehörten zum staatlich reglementierten nationalsozialistischen Alltag. Auch im Alltag der Gegenwart sind sie manchmal zu beobachten.

Die steigende Zahl von antisemitischen Vorfällen und eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit sind warnende Anzeichen. Wir sollten unsere Meinung über Amerikaner oder Russen, Türken oder Spanier, Juden oder Araber nicht von Vorurteilen bestimmen lassen. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, wo eine solche Entwicklung enden kann. Wir sollten gewarnt sein; Widerstehen heißt auch für uns, ungerechtfertigte Angriffe gegenüber dem Staat Israel abzuwehren. Man sollte sich nicht anmaßen, Ratschläge zu erteilen, ohne die Ursachen dieser Entwicklung eingehend berücksichtigt zu haben. Eine derartige Feststellung schließt Kritik natürlich nicht aus. Wo aber Kritik zur Verleumdung wird, hat sie ihre Legitimation verloren. Vergleiche anzustellen, die unvergleichlich sind, rufen unseren schärfsten Protest hervor. Wir haben Auschwitz nicht überlebt, um diesen Diffamierungsversuchen nicht nur zu widerstehen, sondern auch um auch entschieden Widerstand zu leisten.

Wir haben die Chance, uns mit allem und allen auseinanderzusetzen, die Bundesrepublik Deutschland ist eine Demokratie. Widerstehen wir zur rechten Zeit, wo es keine Gefahr ist, zur rechten Zeit zu widerstehen. Nur die offene, kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kann verhindern, daß falsche Ideen und Ideale bewußt oder unbewußt in den Köpfen einiger weiterleben. Bestimmt sind Gesetze zur Sicherung unseres Staates von Nöten. Wirkungsvoller als alle Paragraphen und Bestimmungen ist jedoch ein scharfer und kritischer Geist der Bürger dieses Staates. Es gilt, ohne gesetzwidrige oder gewalttätige Mittel Tendenzen zum Unheil hin mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln zu widerstehen. Und es ist nicht nur erlaubt, sondern selbstverständlich, eindringlich dann zu widersprechen, wenn man eine falsche Entwicklung vermutet oder sieht. Die Fehler von gestern zeigen uns heute, welch großes Gewicht die staatsbürgerliche Verantwortung eines jeden einzelnen haben kann.

Wenn es uns für die Zukunft gelingt, Gewalt und Gehorsam durch Verantwortung und Freiheit zu ersetzen, wenn wir anstatt der Sache den Menschen in den Vordergrund all unseres Wirkens stellen, wird rechtzeitiges Widerstehen zu einem unlösbaren Teil unseres demokratischen Bewußtseins, wird Widerstand gegen alle undemokratischen Kräfte anstatt Ruhe zur ersten Bürgerpflicht. Widerstehen gehört als kritisches Prinzip zur Demokratie. Das birgt kein Risiko in sich, nur Mühe und Engagement, und die aufzubringen lohnt sich.
(-/8.3.1983/ks/hgs)

+ + +

